

Wir protestieren gegen die Verkümmernng des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden und fordern die Einführung der deutschen kommunalen Gesetzgebung.

Wir protestieren gegen die Französisierungsbestrebungen in der Schulpolitik und dagegen, daß die maßgebenden Beamten und Richterstellen mit Ausländern besetzt sind, die zum Teil nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen.

Wir protestieren gegen die Abschnürung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftskörper und fordern von der Regierungskommission, sich für eine Änderung der Zollbestimmungen zu verwenden, weil diese zur Verelendung des Saargebietes führen.

Wir protestieren gegen die unsoziale Steuergesetzgebung und fordern unter Befreiung der wirtschaftlich Schwachen starke progressive steuerliche Erfassung der großen Vermögen und Einkommen sowie wirksame Maßnahmen gegen die anwachsende Teuerung.

Wir protestieren gegen die unerhörten Mißstände im Wohnungswesen, die durch militärische Beschlagnahmung, offene Bevorzugung der französischen Bergverwaltung und der eingewanderten Ausländer geschaffen sind. Wir fordern eine soziale Wohnungspolitik, wirksame Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und den um sich greifenden Wohnungswucher.

Wir protestieren gegen die Anwesenheit des französischen Militärs und fordern eine örtliche Gendarmerie wie der Versailler Vertrag sie vorsieht.

Wir protestieren gegen die rechtlich unbegründete Schaffung einer Saareinwohnerschaft, durch die politische Rechte zugezogenen Ausländern schon nach Jahresfrist verliehen werden, während altangesessenen deutschen Bewohnern des Saargebietes schon nach vorübergehender Abwesenheit ihr Heimatrecht genommen wird.

Wir protestieren gegen die willkürliche Beschneidung des Coalitions- und Vereinsrechts und fordern, daß jeder deutsche Staatsbürger jederzeit und ohne besondere Erlaubnis ins Saargebiet einreisen kann und keinen Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt.

Die sozialdemokratische Fraktion hält unerschütterlich fest an ihrem grundsätzlichen Protest gegen das von der Regierung durch ihre Verordnung vom 24. März 1922 in Gestalt des Landesrates geschaffene undemokratische Scheinparlament, durch das die kulturell hochstehende Saarbevölkerung auf das Niveau eines unzivilisierten Kolonialvolkes herabgedrückt wird.

Unsere grundsätzliche Forderung ist eine den modernen staatsrechtlichen Einrichtungen der deutschen Republik entsprechende demokratische Volksvertretung, kein bloßes Begutachtungsorgan. Wir fordern parlamentarische Gesetzgebung und volles Budgetrecht.

Für den Landesrat fordern wir als selbstverständliche Rechte:

Der Landesrat bestimmt selbst Beginn und Ende seiner Tagungen, wählt selbst seinen Präsidenten und hat das Recht, Initiativanträge und Interpellationen einzureichen und zu behandeln.

Wir protestieren weiter gegen den Ausschluß der hier nicht geborenen Deutschen von der Wählbarkeit und fordern die Beseitigung dieser Bestimmung,